

Peter Franz

## Wie schneiden die großen ostdeutschen Städte im gesamtdeutschen Vergleich ab?

Daten zu ihrer wirtschaftlichen und finanziellen Lage

## How Well Perform the Large East German Cities in Comparison to West German Cities?

*Data Concerning Their Economic and Financial Situation*

### Kurzfassung

Die 13 größten ostdeutschen Städte (ohne Berlin) werden mit ähnlich großen Städten in drei Regionen der alten Länder (Süd, Mitte, Nord) hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen und finanziellen Lage verglichen. Die verschiedenen Indikatoren ergeben ein differenziertes Bild. Das BIP in den ostdeutschen Städten liegt pro Kopf gerechnet inzwischen leicht über dem der Ruhrgebietsstädte, jedoch noch weit unter dem der süddeutschen Städte. Arbeitslosenquote und Wanderungsverluste sind aber nach wie vor in den ostdeutschen Städten am höchsten. Die ostdeutschen Städte verfügen über verschiedene gute Voraussetzungen für künftiges Wachstum: Dies gilt für die Qualifikation der Beschäftigten, für die Präsenz öffentlicher Forschung und für die Verfügbarkeit unternehmensnaher Dienstleistungen. Dagegen kommt der Aufbau neuer Unternehmen nur zögernd voran. Die ostdeutschen Städte haben sehr geringe eigene Steuereinnahmen und sind stark von Zuweisungen abhängig. Insgesamt zeigen die Daten, dass sich neben den ostdeutschen Städten mit den Ruhrgebietsstädten eine weitere „Problemgruppe“ von Städten abzeichnet. Das bereits für die alte Bundesrepublik konstatierte Nord-Süd-Gefälle ist auch nach 1990 weitgehend erhalten geblieben.

### Abstract

*In this article the 13 largest East German cities (without Berlin) are compared with cities of similar size in three West German regions (South, Central, North) with respect to their economic and financial situation. The indicators show a differentiated picture. The GDP of the East German cities surmounts that of the Ruhr cities, but is still far below of the cities in the South. Unemployment and migration loss is most pronounced in the East German cities. Nevertheless they dispose of several favorite preconditions for growth in the future: their endowment with qualified human capital, public research and with enterprise-oriented services is above average. This contrasts with a low density of firms. The East German cities have a weak tax base and are disproportionally dependent on financial assignments by the state. Besides the East German cities the data show another “problem group” consisting of the cities of the Ruhr. The disparities between the West German Regions discovered in the 80s are still existing.*

### 1 Anlass und Kontext der Studie

Zwölf Jahre nach der deutschen Vereinigung werden vermehrt Stimmen laut, die behaupten, dass die ostdeutschen Städte im Hinblick auf ihren wirtschaftlichen Entwicklungsstand inzwischen zu den strukturschwächeren Städten im Westen aufgeschlossen hätten, wobei auf Erfolge bei der Unternehmensansiedlung und Innenstadtrevitalisierung verwiesen wird. Dem stehen Stimmen gegenüber, die auf Schrumpfungsprozesse, wachsende Leerstände und finanzielle Notlagen in ostdeutschen Städten verweisen.<sup>1</sup> Dies scheint der Annahme zu widersprechen, dass gerade Städte mit ihrer räumlichen Ballung von Bevölkerung, Infrastruktur und Unternehmen über das Potenzial verfügen, die Funktion eines Wachstumsmotors für die gesamte Region auszuüben. Im Zusammenhang mit dem wirtschaftlichen Umbruch in den neuen Ländern haben sich entsprechende Erwartungen auch auf die ostdeutschen Städte gerichtet.

Diese widersprüchlichen Befunde bilden den Anlass für die vorliegende Studie, in der die Position der ostdeutschen Städte mit Hilfe eines innerdeutschen Städtevergleichs genauer bestimmt werden soll. Die ökonomischen Effekte von Agglomerationen treten nicht nur in den Städten selbst, sondern verstärkt auch in deren Umland auf.<sup>2</sup> Dennoch beziehen sich die folgenden Indikatoren und Auswertungen auf kreisfreie Städte und nicht auf Stadtregionen. Die Gründe für diese Entscheidung liegen darin, dass sich das Stadtumland nur schwer nach einheitlichen Kriterien abgrenzen lässt und dass im Folgenden u. a. auch die finanzielle Situation der Städte betrachtet werden soll. Eingangs ist noch darauf hinzuweisen, dass die Ergebnisse nicht in Form eines der sich großer Popularität erfreuenden Städte-Rankings dargestellt werden, da diese Darstellungsweise aus Sicht des Autors mit methodischen Problemen behaftet ist.<sup>3</sup>

### 2 Methodische Vorgehensweise: Auswahl der Städte und Indikatoren

Für die Bildung der Stichprobe wurden folgende Grundentscheidungen getroffen: In den Vergleich werden die 13 größten ostdeutschen Städte (mit ca. 80 000 Einwohnern und mehr) einbezogen, da für diese der Anspruch, als Wachstumsmotor zu funktionieren, deutlicher formuliert wird als für die Mittelstädte. Die Stadt Berlin bleibt aus der Betrachtung ausgeklammert, da sich in ihr im Unterschied zu den anderen ostdeutschen Städten die Effekte plan- und marktwirtschaftlicher Prägung vermischen und nicht zu trennen sind.

Für die Auswahl der westdeutschen Städte war zum einen die Überlegung maßgebend, Städte ähnlicher Größe heranzuziehen, um die Validität des Vergleichs zu erhöhen.<sup>4</sup> Des Weiteren wurde berücksichtigt, dass auch *innerhalb* der alten Länder regionale Unterschiede auftreten können, die u. U. markanter als die Ost-West-Unterschiede ausfallen. Diese Thematik wurde in der Vergangenheit unter dem Stichwort des Nord-Süd-Gefälles behandelt.<sup>5</sup> Dementsprechend wird das frühere Bundesgebiet in zunächst drei Teilregionen unterteilt: in den Norden (mit Niedersachsen, Schleswig-Holstein), die Mitte (mit Nordrhein-Westfalen) und den Süden (mit Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Hessen). In Übersicht 1 sind die insgesamt 71 kreisfreien Städte nach ihrer Regionszugehörigkeit aufgelistet, wobei es sich um eine Vollerhebung handelt. In einem zusätzlichen Schritt werden die nordrhein-westfälischen Städte noch einmal unterteilt in Ruhrgebietsstädte und Städte außerhalb des Ruhrgebiets. Diese Differenzierung erscheint sinnvoll angesichts wiederkehrender Behauptungen, dass die Ruhrgebietsstädte (zunehmend) ähnliche Probleme aufweisen wie die ostdeutschen Städte.<sup>6</sup>

Übersicht 1  
Untersuchte Städte nach Regionszugehörigkeit

Ostdeutsche Städte	Norddeutsche Städte	Süddeutsche Städte		Nordrhein-westfälische Städte	
				Städte ohne Ruhrgebiet	Ruhrgebietsstädte
Dresden	Hannover	Nürnberg	Pforzheim	Düsseldorf	Essen
Leipzig	Braunschweig	Mannheim	Offenbach	Bonn	Dortmund
Halle/Saale	Kiel	Karlsruhe	Ulm	Mönchengladbach	Bochum
Chemnitz	Osnabrück	Augsburg	Ingolstadt	Wuppertal	Duisburg
Magdeburg	Lübeck	Wiesbaden	Würzburg	Münster	Gelsenkirchen
Rostock	Oldenburg	Kassel	Fürth	Krefeld	Oberhausen
Erfurt	Emden	Freiburg/Br.	Koblenz	Aachen	Herne
Cottbus	Wolfsburg	Mainz	Kaiserslautern	Bielefeld	Mülheim/Ruhr
Potsdam	Salzgitter	Ludwigshafen	Trier	Leverkusen	Hamm
Gera	Delmenhorst	Heidelberg	Erlangen	Hagen	Bottrop
Schwerin	Wilhelmshaven	Darmstadt		Solingen	
Zwickau	Flensburg	Regensburg		Remscheid	
Jena	Neumünster	Heilbronn			

Quelle: eigene Darstellung

Der Auswahl der im Folgenden kurz erläuterten und in Übersicht 2 präzisierten Indikatoren liegt eine Reihe von Überlegungen zugrunde.<sup>7</sup> Zunächst wird angestrebt, das *Ergebnis* des Wirtschaftens in einer Stadt durch Heranziehen verschiedener Wohlfahrtsgrößen

möglichst gut abzubilden. Daneben sollen wichtige *Determinanten*, die aus wachstumstheoretischer Sicht das Ergebnis wesentlich mitbestimmen, einbezogen werden; dies auch, um die regionalen Potenziale für zukünftige wirtschaftliche Leistung einschätzen zu

**Übersicht 2**  
**Indikatoren zur Operationalisierung von Wohlfahrtsgrößen und Wachstumsdeterminanten**

Bereich	Indikator	Bildung, Dimension und Zeitbezug des Indikators
<b>Wohlfahrtsgrößen</b>		
	Pro-Kopf-Einkommen	Bruttoinlandsprodukt in € je Einwohner 2000 (in laufenden Preisen)
	Arbeitslosenquote	Zahl der Arbeitslosen je 100 abhängige zivile Erwerbspersonen im Jahresdurchschnitt 2001
	Gesamtwanderungssaldo	Saldo der Zu- und Abwanderungen über die Stadtgrenzen je 1 000 Einwohner 1995–2000 (kumuliert)
<b>Wachstumsdeterminanten</b>		
<i>Humankapital</i>	Hochqualifiziertenanteil	Anteil der Beschäftigten* mit Hochschul- und Fachhochschulabschluss an der Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 2001 in %
	Anteil an Datenverarbeitungsfachleuten	Anteil der Beschäftigten* mit der BfA-Berufsordnungs-Nr. 774 an der Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 2001 in %
	Anteil an Ingenieuren	Anteil der Beschäftigten* mit den BfA-Berufsordnungs-Nrn. 052, 600–607 an der Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 2001 in %
	Anteil an Führungskräften	Anteil der Beschäftigten* mit den BfA-Berufsordnungs-Nrn. 751, 762, 811, 813 911 an der Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 2001 in %
<i>Forschung und Entwicklung</i>	Patentanmeldungen	Zahl der Patentanmeldungen je 100 000 Einwohner 1995–2000 (kumuliert); Zuordnung der Patentanmeldungen nach dem Erfindersitz
	Wissenschaftliches Personal	Hauptberufliches wissenschaftliches und künstlerisches Personal (Personalstellen) an Hochschulen je 1 000 Einwohner 2001
<i>Unternehmensstrukturen</i>	Durchschnittliches Industriebetriebsgröße	Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten* je Betrieb im Verarbeitenden Gewerbe 2001
	Nettogewerbeanmeldungen	Saldo der Gewerbean- und -abmeldungen je 10 000 Einwohner 1998–2001 (kumuliert)
	Betriebsgründungen	Betriebsgründungen lt. Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 1995–2000 (Betriebe mit mindestens einem sozialversicherungspflichtig Beschäftigten; kumuliert)**
	Beschäftigte in unternehmensorientierten Dienstleistungen	Anteil der Beschäftigten* in produktionsorientierten und in distributiven Dienstleistungen an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 2001 in %; Zuordnung lt. WZ BA 73 Zweig-Nr. 62–69, 72, 79–82, 85–87
<i>Sektoralstruktur</i>	Industriebeschäftigtenanteil	Anteil der Beschäftigten* im verarbeitenden Gewerbe an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 2001 in %
	Industrieinvestitionen	Investitionen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe in € je Einwohner 1995–2000 (kumulativ)
	Dienstleistungsbeschäftigtenanteil	Anteil der Beschäftigten* im Dienstleistungssektor an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 2001 in %; Zuordnung lt. WZ BA 73 Zweig-Nr. 62–94
<i>Kommunale Finanzstruktur</i>	Steuereinnahmen	Steuern und steuerähnliche Einnahmen in € je Einwohner 2000
	Schulden je Einwohner	Kommunale Schulden in € je Einwohner 2000
	Sozialhilfequote	Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt je 1 000 Einwohner 2001
	Personalausgaben	Anteil der Personalausgaben (Brutto) an den Bruttoausgaben 2000 in %

\* Zuordnung der Beschäftigten nach dem Arbeitsort

\*\* Quelle: Gründungsatlas am Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik der TU Freiberg (<http://www.wiwi-tu-freiberg.de/wipol/index.htm>)

Quelle: eigene Darstellung

können. Schließlich werden Indikatoren zur *finanziellen Situation* der Städte betrachtet, die Auskunft darüber geben sollen, welchen Spielraum die Städte haben, in ihrem Zuständigkeitsbereich wachstumsbegünstigende sowie die Lebensqualität verbessernde Infrastrukturen zu errichten und auszubauen.

Nicht verschwiegen werden soll, dass die Verwendung von Indikatoren auch mit Schwierigkeiten behaftet ist. Verschiedene Indikatoren – wie z. B. das Bruttoinlandsprodukt – werfen Probleme auf, wenn sie für Ost-West-Vergleiche herangezogen werden (vgl. unten). Nicht alle der als wichtig erkannten Determinanten lassen sich – trotz des inzwischen breiten Angebots amtlich-statistischer Kennzahlen – befriedigend abbilden. Weiter komplizierend wirkt, dass sich verschiedene Indikatoren je nach Betrachtung sowohl als Ergebnis (Wirkung) als auch als Determinante (Ursache) interpretieren lassen.<sup>8</sup> Ferner sind bei der Interpretation bestimmter Indikatoren auch historische Umstände zu berücksichtigen: Während ein hoher Dienstleistungsbesatz in westdeutschen Städten als Indiz für einen erfolgreich verlaufenen Strukturwandel angesehen werden kann, spiegelt ein ähnlicher Indikatorwert bei ostdeutschen noch die schockartige Deindustrialisierung nach 1990 wider, die den Anteil von Dienstleistungsbeschäftigten auf Kosten der Industriebeschäftigten in die Höhe getrieben hat. Bei der folgenden Betrachtung der verschiedenen Indikatoren sollen derartige Probleme nicht ausgeklammert werden.

Das erreichte Wohlfahrtsniveau wird durch drei Größen abgebildet. Hierzu zählt zunächst das Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner als Ausdruck des erwirtschafteten Einkommens. Gerade im Zusammenhang mit einem Ost-West-Vergleich ist bei seiner Interpretation zu berücksichtigen, dass das BIP auch Transferzahlungen umfasst, die der Region von außen zufließen. Gleichwohl findet sich kein alternativer Indikator, der das wirtschaftliche Ergebnis ähnlich umfassend widerspiegeln würde. Da die regionale Wohlfahrt nicht nur an der Höhe der Einkommen, sondern auch an dem Ausmaß gemessen wird, in dem die Bevölkerung ihren Wunsch nach beruflicher Tätigkeit und Integration in die Berufswelt umsetzen kann, wird zusätzlich die Arbeitslosenquote herangezogen. Schließlich lässt sich das Ausmaß der Zu- und Abwanderung in einer Stadt als „Abstimmung mit den Füßen“ und damit als Ausdruck für die empfundene Zufriedenheit der Bevölkerung mit der Summe der dortigen Lebensbedingungen auffassen.

Im Unterschied zu den soeben erläuterten ergebnisorientierten Indikatoren lassen sich aus den Indikatoren zu verschiedenen Wohlfahrtsdeterminanten Aussagen über die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung

ableiten. Im Folgenden werden Indikatoren für die Bereiche Humankapital, Forschung und Entwicklung, Unternehmensstruktur und Sektoralstruktur herangezogen (vgl. Übersicht 2).<sup>9</sup> Die Indikatoren zur Humankapitalausstattung beziehen sich durchgängig auf die Gruppe der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und erfassen demnach nicht die Beamten, Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen. Der damit verbundene Messfehler ist für die Städte der alten Länder größer als für die der neuen Länder.<sup>10</sup>

Finanzstrukturelle Merkmale der untersuchten Städte werden hier unter dem Aspekt thematisiert, dass die finanzielle Lage den Spielraum zur Finanzierung städtischer Infrastruktur vorgibt. Ein wichtiger Indikator für die Größe des Spielraums ist der der kommunalen Steuereinnahmen.<sup>11</sup> Städte, deren finanzieller Spielraum durch einen hohen Anteil an Ausgaben für Sozialhilfeempfänger (Indikator: Sozialhilfequote), für Personal (Indikator: Personalausgaben) und für den Schuldendienst (Indikator: Schulden je Einwohner) eingeschränkt ist, werden voraussichtlich nur wenig in die Verbesserung ihrer Infrastruktur investieren können. Allerdings muss eine hohe Pro-Kopf-Verschuldung nicht durchgängig ein Indiz für geringe Spielräume sein: Manche Städte – z. B. das hier nicht untersuchte Frankfurt am Main – verschuldeten sich in der Vergangenheit gerade im Vertrauen auf konstant hohe Steuerzuflüsse infolge stetigen und hohen Wachstums. Als Vergleichsindikator für den finanziellen Spielraum käme im Prinzip auch der Anteil der Investitionen am Kommunalhaushalt in Frage. Seine Anwendung in einem Ost-West-Vergleich wird jedoch dadurch erschwert, dass die ostdeutschen Städte seit 1990 durch hohe Ausgleichs- und Transferzahlungen bewusst in die Lage versetzt werden sollten, die besonders bei der wirtschaftsnahen Infrastruktur vorhandenen Rückstände in überschaubarer Zeit aufzuholen. Die damit verbundenen höheren Investitionsquoten relativ zu den westdeutschen Städten<sup>12</sup> sind demnach kein Ergebnis überlegener wirtschaftlicher Leistungskraft, sondern Resultat politischer Intervention. Dies hat zur Folge, dass der Indikator „Investitionsquote“ für die Vergleichszwecke des vorliegenden Beitrags nicht geeignet wäre.

### 3 Ergebnisse

#### 3.1 Das erreichte Wohlfahrtsniveau der Städte im Regionalvergleich

Die Diskussion der Ergebnisse der Tabelle (S. 164 f.) bezieht sich durchweg auf die Durchschnittswerte (arithmetisches Mittel) der Städte in den jeweiligen Regionen.<sup>13</sup> Werte einzelner Städte werden nur in Aus-

**Indikatorenwerte für Wohlfahrt und Wachstumsdeterminanten großer deutscher kreisfreier Städte nach Region**

BereichIndikator*	Ostdeutsche Städte		Norddeutsche Städte		Süddeutsche Städte		Nordrhein-westfälische Städte	
							Städte ohne Ruhrgebiet	Ruhrgebietsstädte
<b>Wohlfahrtsgrößen</b>								
<i>Pro-Kopf-Einkommen</i>	23 411		33 903		43 112		32 044	
- Höchster Wert	Erfurt	26 461	Wolfsburg	69 152	Regensburg	63 058	Düsseldorf	64 312
- Niedrigster Wert	Gera	18 715	Delmenhorst	17 552	Pforzheim	31 499	Solingen	20 536
<i>Arbeitslosenquote</i>	17,4		12,4		8,7		9,8	
- Höchster Wert	Halle/S.	20,7	Hannover	14,7	Kassel	15,6	Bielefeld	11,9
- Niedrigster Wert	Potsdam	12,1	Wolfsburg	9,3	Ulm	6,4	Bonn	7,3
<i>Gesamtwanderungssaldo</i>	-86,8		-20,0		2,1		-9,1	
- Höchster Wert	Jena	-9,1	Oldenburg	33,2	Ingolstadt	33,5	Bonn	25,1
- Niedrigster Wert	Schwerin	-141,1	Kiel	-48,6	Ludwigshafen	-30,0	Hagen	-40,2
<b>Humankapital</b>								
<i>Hochqualifiziertenanteil</i>	14,3		7,0		11,3		9,6	
- Höchster Wert	Jena	21,9	Hannover	11,7	Erlangen	22,6	Bonn	16,5
- Niedrigster Wert	Zwickau	10,2	Emden	4,0	Pforzheim	6,4	Solingen	4,9
<i>Anteil an Datenverarbeitungsfachleuten</i>	1,4		1,5		2,3		1,9	
- Höchster Wert	Jena	2,5	Hannover	3,1	Darmstadt	4,8	Münster	3,2
- Niedrigster Wert	Cottbus	0,7	Emden	0,4	Kaiserslautern	1,1	Remscheid	0,7
<i>Anteil an Ingenieuren</i>	2,9		2,5		3,4		2,4	
- Höchster Wert	Dresden	4,3	Wolfsburg	5,8	Erlangen	11,9	Aachen	4,7
- Niedrigster Wert	Zwickau	1,7	Delmenhorst	0,7	Trier	1,5	Solingen	1,1
<i>Anteil an Führungskräften</i>	3,6		1,9		2,2		2,4	
- Höchster Wert	Jena	5,5	Wolfsburg	4,0	Wiesbaden	3,3	Bonn	4,1
- Niedrigster Wert	Zwickau	2,3	Salzgitter	1,1	Ludwigshafen	1,4	Solingen	1,7
<b>Forschung und Entwicklung</b>								
<i>Patentanmeldungen</i>	170		173		373		334	
- Höchster Wert	Jena	665	Braunschweig	519	Erlangen	1 296	Aachen	607
- Niedrigster Wert	Gera	68	Emden	63	Trier	104	Hagen	162
<i>Wissenschaftliches Personal</i>	8,4		5,2		9,1		6,7	
- Höchster Wert	Jena	27,0	Kiel	12,0	Erlangen	30,2	Aachen	17,8
- Niedrigster Wert	Schwerin/Gera	0,0	Emden/Delmenhorst/Neumünster	0,0	Fürth	0,0	Remscheid/Solingen/Leverkusen	0,0
<b>Unternehmensstrukturen</b>								
<i>Durchschnittliche Industriebetriebsgröße</i>	22		84		57		41	
- Höchster Wert	Zwickau	50	Wolfsburg	395	Ingolstadt	167	Leverkusen	120
- Niedrigster Wert	Potsdam	12	Oldenburg	23	Freiburg/Br.	29	Solingen	19
<i>Beschäftigte in unternehmensorientierten Dienstleistungen</i>	20,4		17,1		19,6		18,4	
- Höchster Wert	Leipzig	24,7	Hannover	26,7	Wiesbaden	29,2	Düsseldorf	31,0
- Niedrigster Wert	Cottbus	16,2	Emden	9,5	Pforzheim	13,2	Leverkusen	11,2
<i>Nettogewerbeanmeldungen</i>	14,2		31,9		54,6		28,8	
- Höchster Wert	Cottbus	79,8	Oldenburg	68,8	Mainz	142,0	Münster	68,8
- Niedrigster Wert	Chemnitz	-14,6	Flensburg	-61,3	Heilbronn	-113,7	Remscheid	-22,4
<i>Betriebsgründungen</i>	227		137		161		147	
- Höchster Wert	Erfurt	257	Flensburg	176	Koblenz	182	Düsseldorf	217
- Niedrigster Wert	Halle/S.	195	Salzgitter	96	Ludwigshafen	122	Leverkusen	116
							Mülheim/R.	137
							Herne	93

Fortsetzung

Bereich/Indikator*	Ostdeutsche Städte		Norddeutsche Städte		Süddeutsche Städte		Nordrhein-westfälische Städte			
							Städte ohne Ruhrgebiet	Ruhrgebietsstädte		
<b>Sektoralstruktur</b>										
<i>Industriebeschäftigtenanteil</i>		11,0		27,5		25,7		28,8		19,9
- Höchster Wert	Zwickau	26,1	Wolfsburg	63,6	Ludwigshafen	53,5	Leverkusen	49,2	Bochum	27,6
- Niedrigster Wert	Potsdam	3,9	Oldenburg	11,8	Koblenz	13,9	Bonn	12,8	Herne	13,4
<i>Industrieinvestitionen</i>		2 196		4 593		7 188		3 873		3 107
- Höchster Wert	Dresden	7 172	Emden	14 479	Ingolstadt	38 739	Krefeld	6 828	Bochum	5 337
- Niedrigster Wert	Potsdam	669	Salzgitter	1 536	Fürth	2 412	Mönch.-gladb.	2 062	Dortmund	1 386
<i>Dienstleistungsbeschäftigtenanteil</i>		44,5		41,8		43,5		41,7		44,1
- Höchster Wert	Leipzig	50,5	Hannover	51,0	Wiesbaden	53,3	Düsseldorf	60,9	Essen	50,9
- Niedrigster Wert	Jena	36,6	Wolfsburg	23,0	Ludwigshafen	26,0	Remscheid	28,6	Hamm	37,1
<b>Kommunale Finanzstruktur</b>										
<i>Steuereinnahmen</i>		440		806		1 011		996		699
- Höchster Wert	Potsdam	567	Wolfsburg	1 451	Ludwigshafen	1 741	Düsseldorf	1 734	Mülheim/R.	969
- Niedrigster Wert	Jena	302	Delmenhorst	564	Trier	660	Remscheid	802	Herne	534
<i>Schulden je Einwohner</i>		1 129		1 379		1 345		1 631		1 479
- Höchster Wert	Leipzig	1 741	Flensburg	2 263	Darmstadt	2 081	Bonn	2 897	Duisburg	2 241
- Niedrigster Wert	Cottbus	529	Wilhelmshaven	101	Heilbronn	761	Wuppertal	128	Mülheim/R.	588
<i>Sozialhilfequote</i>		39		62		40		45		47
- Höchster Wert	Schwerin	75	Flensburg	88	Kassel	99	Mönch.-gladb.	68	Gelsenkirchen	66
- Niedrigster Wert	Jena	21	Wolfsburg	28	Erlangen	13	Leverkusen	29	Bochum	29
<i>Personalausgaben</i>		28,3		25,0		27,1		23,3		24,5
- Höchster Wert	Dresden	31,8	Kiel	32,6	Würzburg	39,1	Münster	29,2	Bochum	29,5
- Niedrigster Wert	Potsdam	23,0	Flensburg	18,5	Kassel	13,5	Bielefeld	14,6	Oberhausen	18,4

\* Definition und Messung der einzelnen Indikatoren sind in Übersicht 2 erläutert.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesamt für Arbeit; Deutsches Patent- und Markenamt; Datenbank „Gründungsatlas“ am Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik der TU Freiberg; Statistische Landesämter; eigene Berechnungen

nahmefällen zur Erläuterung bestimmter Sachverhalte oder bei starkem Abweichen vom Gruppenwert herangezogen. Die Tabelle informiert auch darüber, welche Städte der jeweiligen Region den höchsten und den niedrigsten Indikatorwert aufweisen. Im Text werden diese Extremwerte für einzelne Städte nicht kommentiert.

Der Blick auf die ersten drei Indikatoren in der Tabelle zeigt, dass zwischen den ostdeutschen und den westdeutschen Städten im Hinblick auf das erreichte Wohlstandsniveau nach wie vor eine deutliche Lücke besteht. Die ostdeutschen Städte liegen zwar mit einem BIP pro Kopf von 23 411 € leicht über dem Niveau des EU-Durchschnittswerts (22 300 €)<sup>14</sup>, jedoch noch unterhalb des bundesdeutschen Durchschnittswerts von 25 200 € und weit hinter den Städten Süddeutschlands, deren Pro-Kopf-Einkommen um mehr als 80 % höher ausfällt. Das Pro-Kopf-Einkommen der Ruhrge-

bietsstädte (22 152 €) wird von den ostdeutschen Städten allerdings leicht überschritten. Auch beim Indikator „Arbeitslosenquote“ sind zwischen den Regionen Relationen in ähnlicher Größenordnung zu verzeichnen.

Auffällig sind die im Wert für den Gesamtwanderungssaldo zum Ausdruck kommenden vergleichsweise hohen Bevölkerungsverluste der ostdeutschen Städte, wobei hier zu berücksichtigen ist, dass in der betrachteten Periode zwischen 1995 und 2000 die Abwanderung der ostdeutschen Stadtbewohner ins Umland Spitzenwerte erreicht:<sup>15</sup> Die Abwandernden gehen zwar den Städten, aber nicht durchgängig dem Osten verloren.<sup>16</sup> Ein deutlich negativer Wanderungssaldo ergibt sich auch für die norddeutschen Städte insgesamt, von welchen nur zwei (Oldenburg und Lübeck) Wanderungsgewinne erzielen. Allein die süddeutschen Städte verzeichnen insgesamt ein positives Wande-

rungsergebnis. Ein Blick auf die einzelnen Städte zeigt dort aber ein stark differenziertes Bild: Den Wanderrungsgewinnern Ingolstadt (33,5), Freiburg (28,6), Fürth (28,6) und Wiesbaden (24,5) stehen auch Wanderungsverlierer wie Ludwigshafen (-30,0), Kassel (-23,9), Heilbronn (-23,7), Mannheim (-21,5) und Erlangen (-16,7) gegenüber.

Betrachtet man die Wohlfahrtsgrößen unter dem Aspekt des Nord-Süd-Gefälles, so ist zu konstatieren, dass die norddeutschen Städte und die NRW-Städte relativ gleichauf liegen und beide zusammen ungünstigere Werte als die süddeutschen Städte aufweisen. Die Wohlfahrtsunterschiede zwischen Nord und Süd erreichen aber – von den Ruhrgebietsstädten einmal abgesehen – nicht das Ausmaß der Ost-West-Disparitäten.

### 3.2 Zur Ausstattung mit Humankapital

Der Indikator „Hochqualifiziertenanteil“ in der Tabelle vermittelt auf den ersten Blick die Botschaft, dass unter den Beschäftigten in den ostdeutschen Städten Hochschulabschlüsse weitaus stärker verbreitet sind als bei den Beschäftigten in den westdeutschen Städten. Dies ist insofern überraschend, als sich vermuten lässt, dass die ostdeutschen Unternehmensstrukturen mit einem hohen Anteil von Zweigbetrieben westlicher Unternehmen eher die Entstehung von Arbeitsplätzen für geringer Qualifizierte begünstigen.<sup>17</sup> Der Indikator ist in zweierlei Hinsicht zu relativieren: Zum einen werden hier formale Ausbildungsabschlüsse herangezogen, ohne dass überprüft wird, inwieweit sich Qualifikation und ausgeübte Tätigkeit entsprechen. Zum zweiten ist zu berücksichtigen, dass in der DDR die Ausbildungsabschlüsse insgesamt höher lagen als in den alten Bundesländern. Analysen über verschiedene Raumtypen und Kreise ergeben einen durchgängigen „Zuschlag“ für die neuen Länder in Höhe von etwa drei Prozentpunkten.<sup>18</sup> Reduziert man den ostdeutschen Indikatorwert um diese drei Prozentpunkte, so liegt das Qualifikationsniveau der Beschäftigten in den ostdeutschen Städten etwa auf gleicher Höhe mit dem der Beschäftigten in den süddeutschen Städten, aber immer noch über dem Niveau der Beschäftigten in den norddeutschen und nordrhein-westfälischen Städten.

Die drei weiteren Humankapitalindikatoren beziehen sich auf den tatsächlich ausgeübten Beruf und geben den Anteil solcher Beschäftigter an, deren Schlüsselqualifikationen von herausgehobener Bedeutung für den Unternehmenserfolg sind. Unter diesem Aspekt verfügen die ostdeutschen Städte ebenso wie die Ruhrgebietsstädte über unterdurchschnittlich wenige EDV-Spezialisten, nehmen bei den Ingenieuren einen Mit-

telplatz und beim Besatz mit Führungskräften (3,6 %) eine Spitzenposition ein. Letzteres Ergebnis kommt – ähnlich wie schon beim Hochqualifiziertenanteil – angesichts des in den neuen Ländern zu vermutenden hohen Anteils von Zweigbetrieben überraschend. Zu berücksichtigen ist, dass dieser Indikator auch administrative Führungsfunktionen mit erfasst, was dazu führt, dass einige Städte mit Regierungsfunktion überdurchschnittlich hohe Werte erreichen – in Ostdeutschland um so mehr, als dort ein geringerer Anteil der administrativen Führungskräfte verbeamtet sein dürfte.<sup>19</sup>

Das regionale Muster des Nord-Süd-Gefälles zeigt sich auch bei den Indikatoren zur regionalen Verfügbarkeit hochwertigen Humankapitals: Die süddeutschen Städte sind hiermit durchgängig besser ausgestattet als die norddeutschen Städte. Insgesamt gesehen ist zu sagen, dass die ostdeutschen Städte bei der Ausstattung mit Humankapital zwar nicht das Niveau der süddeutschen Städte erreichen, aber im Vergleich zu den norddeutschen und nordrhein-westfälischen Städten keine Nachteile aufweisen. Lediglich bei der Beschäftigung von EDV-Spezialisten zeichnen sich für die ostdeutschen Städte leichte Nachteile ab.

### 3.3 Forschung und Entwicklung

Innovationsökonomische Hypothesen besagen, dass gegenwärtig intensiv betriebene Forschung und Entwicklung sich in Wachstumsvorteilen für zukünftige Perioden niederschlägt. Beim outputorientierten Indikator der Patentanmeldungen liegen die ostdeutschen Städte deutlich hinter den süddeutschen und den NRW-Städten zurück. Nur in den Ruhrgebietsstädten fallen die Patentaktivitäten noch geringer aus. Beim inputorientierten Indikator des Besatzes mit wissenschaftlichem Personal an Hochschulen dagegen weisen die ostdeutschen Städte ein hohes Ausstattungsniveau auf, welches nur noch von den süddeutschen Städten übertroffen wird. Auch diesbezüglich fallen die Ruhrgebietsstädte weit ab.

Die beiden Indikatoren für den Bereich Forschung und Entwicklung spiegeln ein Problem wider, dass bereits im Rahmen einer spezifischen Betrachtung des Wissenschaftssektors konstatiert wurde:<sup>20</sup> Die ostdeutschen Städte sind mit Wissenschaftseinrichtungen und entsprechendem Personal gut ausgestattet – sie erreichen hier zusammen mit den süddeutschen Städten das höchste Niveau –, aber sie hinken bei der Umsetzung dieses Potenzials in wirtschaftlich verwertbare Ergebnisse – hier: Patente – noch hinterher. Nur für die Ruhrgebietsstädte stellt sich die Lage noch ungünstiger dar.

### 3.4 Unternehmensstrukturen

Der Bereich Unternehmensstrukturen wird durch jeweils zwei Indikatoren zum Unternehmensbestand und zur Gründungsdynamik abgedeckt. Der erste Indikator „Durchschnittliche Industriebetriebsgröße“ bildet den allgemeinen Sachverhalt, dass in den neuen Ländern verhältnismäßig kleine industrielle Betriebe vorzufinden sind, auch für die ausgewählten ostdeutschen Städte deutlich ab. Im Vergleich dazu sind die norddeutschen Städte am stärksten von Großbetrieben geprägt. Beide Extreme wirken sich nachteilig auf die Wachstumsaussichten aus: Ein sehr hoher Wert indiziert einen einseitigen Besitz mit Großbetrieben und damit ungünstige Entwicklungsbedingungen für neue Unternehmen in einem derart geprägten Umfeld; ein sehr niedriger Wert birgt die Risiken der Beschränkung auf regionale Absatzmärkte und mangelnder Entfaltungschancen für unternehmensorientierte Dienstleister in den betreffenden Stadtregionen.

Der Indikator „Beschäftigte in unternehmensorientierten Dienstleistungen“ soll Auskunft darüber geben, in welchem Umfang Unternehmen in ihrem regionalen Umfeld auf Dienstleistungsangebote zurückgreifen können, die zum Unternehmensfortbestand und -erfolg beitragen.<sup>21</sup> Diesbezüglich lassen sich zwischen den einzelnen Städtegruppen allerdings kaum Unterschiede ausmachen. Man kann dies auch dahingehend interpretieren, dass die ostdeutschen Städte im Vergleich zu den westdeutschen keine Angebotsdefizite bezüglich unternehmensorientierter Dienstleistungen (mehr) aufweisen.

Die beiden Indikatoren zur Gründungsdynamik enthalten auf den ersten Blick widersprüchliche Informationen über die Unternehmensentwicklung in den ostdeutschen Städten. Der für sie mit Abstand niedrigste Wert beim Indikator „Nettogewerbeanmeldungen“ signalisiert nur geringe Zuwächse an Unternehmen zwischen 1998 und 2001. Dieser niedrige Durchschnittswert wird durch eine Reihe von ostdeutschen Städten mit einem negativen Saldo der Gewerbeanmeldungen hervorgerufen, darunter Chemnitz (-14,6), Zwickau (-13,9), Erfurt (-10,4) und Halle/Saale (-9,7).<sup>22</sup> Dagegen verzeichnen die ostdeutschen Städte die mit Abstand höchste Zahl an Betriebsgründungen im Zeitraum von 1995 bis 2000. Diese zunächst widersprüchlich erscheinenden Zahlen lassen sich aber durch den Umstand erklären, dass der ostdeutsche Unternehmensbestand nach wie vor einer hohen Fluktuation unterliegt: Relativ vielen Neu- oder Zweigbetriebsgründungen stehen auch viele Betriebsaufgaben gegenüber. Sichtbare Anzeichen hierfür sind die wiederkehrenden Leerstände von Einzelhandelsflächen in den ostdeutschen Innenstädten.

Zusammenfassend lässt sich zum Bereich Unternehmensstrukturen sagen, dass das generelle ostdeutsche Manko zu kleiner und zu weniger Unternehmen auch die Unternehmensstrukturen der hier untersuchten ostdeutschen Städte prägt.

### 3.5 Sektoralstruktur

Die mit der wirtschaftlichen Transformation verbundene Deindustrialisierung Ostdeutschlands hat gerade in den größeren ostdeutschen Städten den Anteil der in der Industrie Beschäftigten stark reduziert, was der Indikator „Industriebeschäftigtenanteil“ in der Tabelle auch anzeigt.<sup>23</sup> Die vormals stark industriell geprägten Ruhrgebietsstädte weisen im Vergleich zu den anderen westdeutschen Städtegruppen ebenfalls einen geringen Besitz an Industriebeschäftigten auf. Seit 1993 nimmt der industrielle Sektor zwar in den neuen Ländern wieder an Bedeutung zu, doch verläuft diese Reindustrialisierung innerhalb der größeren Städte zögernd, dynamischer dagegen an Standorten „auf der grünen Wiese“. Nur selten gelingt es, die innerstädtischen Industriebrachen wieder der vormaligen Nutzung zuzuführen. Dies zeigt auch der relativ geringe Umfang an Industrieinvestitionen in den ostdeutschen Städten an.<sup>24</sup>

Geringere Anteile am industriellen Sektor bedingen zwangsläufig höhere Anteile am tertiären Sektor:<sup>25</sup> Der Dienstleistungsbeschäftigtenanteil fällt für die ostdeutschen Städte am höchsten und für die Ruhrgebietsstädte am zweithöchsten aus, wobei der Abstand zu den drei anderen Städtegruppen allerdings nur gering ist.

### 3.6 Kommunale Finanzen

Um im interkommunalen Standortwettbewerb zu bestehen, sind Städte gezwungen, ihre Standortfaktoren attraktiver zu gestalten. Dazu tragen wesentlich Investitionen in die kommunale Infrastruktur bei. Der ungünstigen Wettbewerbsposition der ostdeutschen Städte nach 1990 wurde durch Maßnahmen der (Standortnachteile kompensierenden) einzelbetrieblichen Investitionsförderung, durch Infrastrukturprogramme und vor allem durch den Länder- und interkommunalen Finanzausgleich Rechnung getragen.<sup>26</sup> Die ostdeutschen Städte bleiben auf diese Zuweisungen angewiesen, da ihre Steuereinnahmen (440 € je Einwohner) nach wie vor um fast 60 % hinter den entsprechenden Einnahmen der süddeutschen Städte (1 011 €) und selbst um ein Drittel hinter denen der Ruhrgebietsstädte (699 €) zurückbleiben.

Der finanzielle Spielraum der Städte wird beeinträchtigt durch den Schuldendienst, durch hohe Soziallasten und durch Personalausgaben. Aus der Tabelle geht hervor, dass die ostdeutschen Städte den höchsten Personalausgabenanteil (28,3 %) an ihren Ausgaben verzeichnen. Beim Schuldenstand dagegen liegen die ostdeutschen Städte im Durchschnitt noch niedriger als die westdeutschen Städte. Hinsichtlich der Sozialhilfequote weisen die ostdeutschen Städte zusammen mit den süddeutschen Städten die günstigste Kostelage auf. Die beiden letzteren Finanzkennwerte erscheinen jedoch in ungünstigerem Licht, sobald man berücksichtigt, dass sich die ostdeutschen Städte in den letzten Jahren ausgehend von einer sehr niedrigen Verschuldung und von einer sehr niedrigen Sozialhilfequote den Werten der westdeutschen Städte annähern.<sup>27</sup>

Im Hinblick auf das Nord-Süd-Gefälle zwischen den westdeutschen Stadtgruppen ist festzuhalten, dass die Finanzkennwerte der Steuereinnahmen, der Verschuldung und der Sozialhilfequote dieses Gefälle abbilden. Beim Anteil der Personalausgaben liegen die süddeutschen Städte am höchsten, was ein Indiz dafür sein kann, dass ihnen ihre hohen Steuereinnahmen erlauben, ihren Bürgern mehr öffentliche Dienste bereitzustellen.

#### 4 Resümee

Die Ausgangsfrage, ob die größten regionalen Disparitäten zwischen deutschen Städten bezüglich ihrer wirtschaftlichen Lage immer noch im Ost-West-Vergleich festzustellen sind oder ob aufgrund inzwischen erfolgter Angleichungsprozesse Disparitäten zwischen Städten anderer Regionen größer ausfallen, muss anhand der präsentierten Daten differenziert beantwortet werden. Was die ostdeutschen Städte betrifft, so haben diese inzwischen zwar beim Pro-Kopf-Einkommen die Ruhrgebietsstädte „eingeholt“, dennoch bieten sie insgesamt so unzureichende Beschäftigungs- und Einkommenschancen, dass ihre Bewohner sich in wieder zunehmender Zahl „mit den Füßen“ für andere Lebensverhältnisse entscheiden.

Hinsichtlich der Wohlfahrtsdeterminanten verfügen die ostdeutschen Städte über verschiedene gute Voraussetzungen dafür, dass die wirtschaftliche Angleichung zukünftig weiter vorankommt: Dies gilt für die Qualifikation der Beschäftigten, für die Präsenz öffentlicher Forschung und für die Verfügbarkeit unternehmensnaher Dienstleister. Dagegen kommt der Aufbau neuer Unternehmen nur zögernd voran. In einigen ostdeutschen Städten stagniert oder schrumpft die Unternehmensbasis sogar. Ihre ungünstige Finanzlage

hindert die ostdeutschen Städte daran, ihre Stellung im interkommunalen Wettbewerb schneller zu verbessern. Es ist abzusehen, dass die Investitionsquote der ostdeutschen Städte auf das Niveau der westdeutschen Städte sinken wird, wenn nicht demnächst Reformen bei den Kommunal финанzen greifen.<sup>28</sup>

Ferner zeigt die Analyse, dass sich neben den ostdeutschen Städten mit den Ruhrgebietsstädten eine weitere „Problemgruppe“ abzeichnet. Diese schneiden zwar derzeit bei einigen Wohlstandsgrößen noch günstiger als die ostdeutschen Städte ab, doch signalisieren verschiedene Wohlfahrtsdeterminanten ungünstigere Wirtschaftsaussichten. Das für das frühere Bundesgebiet konstatierte Nord-Süd-Gefälle spiegelt sich nach wie vor fast durchgängig in den Daten für die süddeutsche, die norddeutsche und die nordrhein-westfälische Stadtgruppe wider; die Unterschiede liegen aber in der Regel unterhalb des Ausmaßes der Ost-West-Disparitäten.

---

#### Anmerkungen

(1) Rosenfeld, M. T. W.; Heimpold, G.: Gefälle zwischen vergleichbaren Regionen in Ost und West: Ostdeutsche Ballungsräume haben es schwer! In: *Wirtschaft im Wandel*, 8. Jg., H. 15, 2002, S. 480–489

(2) Vgl. dazu ausführlicher Barjak, F.; Franz, P.; Heimpold, G.; Rosenfeld, M. W.: *Regionalanalyse Ostdeutschland: Die wirtschaftliche Situation der Länder, Kreise und kreisfreien Städte im Vergleich*. In: *Wirtschaft im Wandel*, 6. Jg., H. 2, S. 51 f.

(3) Vgl. dazu Franz, P.: *Ranking aller Orte(n) – ein Kommentar*. In: *Wirtschaft im Wandel*, 7. Jg., H. 10, 2001, S. 254

(4) Da die beiden größten ostdeutschen Städte Dresden und Leipzig ca. 1/2 Mio. Einwohner haben, sollten deutlich größere Städte nicht mit in den Vergleich eingehen. Aus diesem Grund wurden München, Köln, Stuttgart und Frankfurt ausgeschlossen. Der Stadtstaat Hamburg und der Stadtstaat Bremen wurden auf Grund ihres abweichenden gebietskörperschaftlichen Status ausgeschlossen.

(5) Vgl. dazu Friedrichs, J.; Häußermann, H.; Siebel, W. (Hrsg.): *Nord-Süd-Gefälle in der Bundesrepublik? Sozialwissenschaftliche Analysen*. – Opladen 1986

(6) Vgl. Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen: *Demographische Entwicklung – Schrumpfende Stadt*. – Dortmund 2002

(7) Zur theoretischen Begründung der Auswahl von Indikatoren und zu Problemen ihrer Operationalisierung vgl. ausführlicher

Barjak u.a., a.a.O., S. 36 f.; Rosenfeld, M.T.W.; Barjak, F.; Franz, P.; Heimpold, G.; Schultz, B.: Regionale Wirtschaftsstrukturen in der zweiten Phase der ostdeutschen Transformation: Sachsen-Anhalt 1995–1999, Halle, S. 2001 (IWH-Sonderheft 1/2001), S. 8–67

(8)

So lässt sich die Sozialhilfequote zum einen als Ergebnisindikator betrachten, da sie Rückschlüsse über das Ausmaß verfestigter Arbeitslosigkeit in einer Region gestattet. Vgl. Rosenfeld u.a., a.a.O., S. 11. Zum andern kann sie aber auch – wie im vorliegenden Beitrag praktiziert – als Information über budgetäre Zwänge einer Stadt und damit als potenziell wachstumsbeeinflussende Größe betrachtet werden.

(9)

Die Operationalisierung dieser Bereiche erfolgt mittels Indikatoren, die zum Großteil bereits in anderen Regionalanalysen unter Mitarbeit des Autors Anwendung gefunden haben. Vgl. dazu ausführlicher Barjak u.a., a.a.O., S. 32 ff.; Rosenfeld; Heimpold, a.a.O., S. 488 f.

(10)

Beamte, Selbständige und mithelfende Familienangehörige stellen in den alten Ländern 21,7 % und in den neuen Ländern 16,1 % der Erwerbstätigen. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Datenreport 2002. – Bonn 2002, S. 95

(11)

Der kommunale Finanzspielraum wird neben den Steuereinnahmen auch durch die Zuweisungen von Seiten des jeweiligen Bundeslands beeinflusst. Diese sind aber von Land zu Land unterschiedlich geregelt, was länderübergreifende regionale Vergleiche erschwert.

(12)

Snelting, M.; Schumacher, C.; Komar, W.; Franz, P.: Stand und Entwicklung der kommunalen Investitionshaushalte in den neuen Bundesländern unter besonderer Berücksichtigung der wirtschaftsnahen Infrastruktur. – Halle, S. 1998 (IWH-Sonderheft 3/1998), S. 16 ff.

(13)

Mit dem Zugrunde legen von Durchschnittswerten fällt es auch leichter, hier und da fehlende Werte für einzelne Städte zu kompensieren – ein Umstand, der sich angesichts der Vielzahl der Städte und Indikatoren nicht vermeiden lässt.

(14)

Der Wert bezieht sich auf die Länder der Eurozone. EUROSTAT: Das Bruttoinlandsprodukt 2001, Statistik kurz gefasst, Wirtschaft und Finanzen Nr. 53/2002, S. 7

(15)

Vgl. Franz, P.: Aktueller Trend – Suburbanisierung in Ostdeutschland stabilisiert sich auf hohem Niveau: Das Beispiel Halle-Leipzig, in: Wirtschaft im Wandel, 5. Jg., H. 1, 1999, S. 2; Aring, J.; Herfert, G.: Neue Muster der Wohnsuburbanisierung, in: K. Brake; J. Dangschat; G. Herfert (Hrsg.): Suburbanisierung in Deutschland. Aktuelle Tendenzen. – Opladen 2001, S. 48 ff.

(16)

Die negativsten Gesamt-Wanderungssaldi wiesen zwischen 1995 und 2000 Schwerin (-141,1), Halle/Saale (-136,9), Rostock (-134,0) und Cottbus (-132,6) auf.

(17)

Bade, F.-J.: Regionale Entwicklungstendenzen und Unterschiede des Humankapitals. In: H.-F. Eckey u.a. (Hrsg.): Ordnungspolitik als konstruktive Antwort auf wirtschaftspolitische Herausforderungen. – Stuttgart 2001, S. 348 f.

(18)

Ebd., S. 350

(19)

Dazu zählen Bonn (4,1 %), Düsseldorf (3,7 %), Potsdam (4,7 %) und Dresden (4,2 %). Für die Städte Jena (5,5 %), Chemnitz (4,2 %) und Wolfsburg (4,0 %) trifft dies allerdings nicht zu.

(20)

Rosenfeld, M. T. W.; Heimpold, G.: Öffentliche Forschung in Ostdeutschland: ein Hoffnungsträger für den wirtschaftlichen Aufschwung? In: Wirtschaft im Wandel, 7. Jg., H. 15, 2001, S. 404

(21)

Die Nachfrage nach unternehmensorientierten Dienstleistungen ist in Teilen auch regionsextern zu befriedigen, doch ist die Qualität mancher Dienstleistungen direkt von der Gelegenheit zu häufigeren Face-to-Face-Kontakten abhängig.

(22)

Negative Salden finden sich außerhalb der neuen Länder nur noch in Heilbronn (-113,7), im norddeutschen Flensburg (-61,3) und im nordrhein-westfälischen Remscheid (-22,4).

(23)

Für die neuen Länder insgesamt beläuft sich der Industriebeschäftigtenanteil im Jahr 2001 auf 17,3 %.

(24)

Im Durchschnitt der neuen Länder insgesamt liegen die Industrieinvestitionen bei 3 082 € je Einwohner und damit ca. 900 € höher als in den Städten (vgl. Tab.).

(25)

Dieser statistische Effekt sollte nicht zu der Einschätzung verleiten, dass die ostdeutschen und Ruhrgebietsstädte im Strukturwandel bereits weiter fortgeschritten seien als die süd- und norddeutschen Städte.

(26)

Im Jahr 2001 tragen die Zuweisungen der Länder 55,1 % zu den Einnahmen der ostdeutschen und 27,6 % zu den Einnahmen der westdeutschen kommunalen Verwaltungshaushalte bei. Bundesministerium der Finanzen: Eckdaten zur Entwicklung und zur Struktur der Kommunal Finanzen (28.10.2002), S. 2 (<http://www.bundesfinanzministerium.de/Anlage14843/Eckdaten-zur-Entwicklung-und-zur-Struktur-der-KommunalFinanzen.pdf>).

(27)

Ebd., S. 4

(28)

Es ist zu hoffen, dass die von der Bundesregierung eingesetzte und seit Mai 2002 tätige Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen hier einen neuen Lösungsweg erreicht.

Dr. Peter Franz

Institut für Wirtschaftsforschung Halle

Kleine Märkerstraße 8

06108 Halle (Saale)

E-Mail: [pfr@iwh-halle.de](mailto:pfr@iwh-halle.de)